

Wirtschaft, Menschenrechte und Friedensförderung am Beispiel Kolumbiens: Eine Einführung

Im 40-jährigen Konflikt der Geschichte Kolumbiens haben wirtschaftliche Interessen stets eine wichtige Rolle gespielt. Die schwersten Menschenrechtsverletzungen ereignen sich im Zusammenhang mit Privatisierungen, Rohstoffgewinnung und Megaprojekten. Beteiligt sind oftmals auch ausländische Unternehmen. Auf globaler Ebene werden die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte immer wichtiger. In Kolumbien selber werden sie aber nur am Rande behandelt.

Bei der Friedenssuche spielt die Wirtschaft eine wichtige Rolle. Diesem Umstand sollte auch die Schweiz in ihrer Aussenpolitik Rechnung tragen. Derzeit werden die wirtschaftlichen Interessen der Firmen in Kolumbien oft höher gewichtet als die Menschenrechte. Die ask setzt sich deshalb für eine Schweizer Aussenpolitik im Gleichgewicht zwischen den Interessen der Aussenwirtschaft und den Menschenrechten ein.

Kolumbien leidet seit über 40 Jahren an einem bewaffneten internen Konflikt, dessen politische und soziale Wurzeln allgemein anerkannt sind. Trotzdem herrscht die Meinung vor, der Konflikt drehe sich einzig ums Drogengeschäft oder sei eine terroristische Bedrohung ohne ideologische und politische Hintergründe. Ungeachtet der gravierenden humanitären Krise, rekordverdächtigen Menschenrechtsverletzungen und schwachen Institutionen (z.B. Justiz) wird Kolumbien häufig als demokratisches Vorbild Lateinamerikas hingestellt. Vor allem die US-Regierungen sehen in diesem Staat eine durch Drogenhandel und Terrorismus bedrohte Demokratie. Dabei blenden sie aus, dass die staatstragenden Schichten Kolumbiens für die Krise mitverantwortlich sind.

Die Geschichte des Landes ist über weite Strecken von Gewalt geprägt. Seit der Unabhängigkeit vor bald 200 Jahren gab es Dutzende von Staatsstreichern und Bürgerkriegen. Ursache waren nicht nur Differenzen bezüglich des Staatsmodells oder Machtkämpfe regionaler Eliten. Auch wirtschaftliche Interessen und Privilegien spielten häufig eine Rolle. Die kolumbianische Oligarchie zeichnet sich dadurch aus, dass sie ihren absoluten Herrschaftsanspruch seit jeher auch mit Gewalt verteidigt und breite soziale Kreise von der Teilnahme und den Vorteilen der Entwicklung ausschliesst. Die aufkeimende Arbeiterbewegung wurde in den Zwanzigerjahren brutal unterdrückt. Dies schildert der berühmte Autor Gabriel García Márquez in seinem Buch „Hundert Jahre Einsamkeit“. Die Grossgrundbesitzer wehren sich bis heute mit Gewalt gegen jede noch so bescheidene Landreform. Sie löschten die Kleinbauern- und Landlosenbewegung mehrmals praktisch aus. Im Bürgerkrieg der Fünfzigerjahre (Violencia) wurden Hunderttausende vertrieben und der Grundbesitz ganzer Regionen neu verteilt. Die Wirtschaft erzielte dabei höchste Wachstumsraten. Drogenhändler und Paramilitärs verschärften den Konzentrationsprozess des Grundbesitzes seit den Achtzigerjahren massiv. Diese Gruppen besitzen heute schätzungsweise 5 Mio. Hektaren besten Bodens. Gleichzeitig wurden in den letzten 20 Jahren ungefähr 3 Mio. Menschen von ihrem Besitz vertrieben. Durch den aktuellen „Friedensprozess“ mit den Paramilitärs droht dieser gigantische Landraub weitgehend legalisiert zu werden.

Gewalttätiger Standortwettbewerb

Sowohl der politisch – soziale als auch der bewaffnete Konflikt haben heute mehr denn je unverkennbare wirtschaftliche Hintergründe. Der Staat reagiert mit nackter Gewalt auf soziale Proteste. Gewerkschafter, die gegen den Sozialabbau, gegen Privatisierungen und für bessere Arbeitsbedingungen protestieren, werden bedroht, verhaftet, zum Exil genötigt und nicht selten auch umgebracht. Mit 70 ermordeten Gewerkschaftern im Jahr 2005 steht Kolumbien weltweit an der Spitze dieser traurigen Liste. Bauern, die für eine Agrarreform und für Ernährungssouveränität kämpfen, werden vertrieben und massakriert. Dies gilt auch für

Afrokolumbianer und Indigene, die es wagen, ihren kollektiven Landbesitz gegen wirtschaftliche Ausbeutung zu verteidigen. Die soziale Bewegung gegen das Freihandelsabkommen mit den USA wird unter dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung niedergeknüppelt und im Trängas erstickt. Vor dem Hintergrund der Globalisierung und dem zunehmenden Standortwettbewerb ereignen sich heute die schwersten Menschenrechtsverletzungen im Umfeld von Privatisierungen in strategischen Sektoren (Infrastruktur, Telekommunikation, Energie), bei der Rohstoffgewinnung (Gold- und Kohleabbau, Ölförderung) und bei Megaprojekten (Energie und Transport). Die Regierung von Präsident Uribe steht dabei ganz auf der Seite der Wirtschaftsinteressen. Mit verschiedenen neuen Gesetzen werden die natürlichen Ressourcen zur raschen Ausbeutung freigegeben. So erlaubt beispielsweise ein neues Bergbaugesetz den Mineralienabbau selbst in Naturparks und senkt die damit zusammenhängenden Abgaben gegen 0%. Ein neues Waldgesetz ermöglicht den totalen Kahlschlag und ein Wassergesetz führt zur Privatisierung der Páramos, der wertvollen Hochmoore und „Wasserfabriken“.

Regionen mit bedeutenden Rohstoffvorkommen und Bergbauaktivitäten weisen überdurchschnittlich viele Menschenrechtsverletzungen auf. Der natürliche Reichtum zieht auch die Guerilla an, welche den an der Ausbeutung beteiligten Firmen Revolutionssteuern abverlangt. Als bald marschieren paramilitärische Gruppen und die Armee auf, um die Guerilla zu bekämpfen. Hauptopfer ist die Zivilbevölkerung, sei es, weil sie im Verdacht steht, die Guerilla zu unterstützen, oder weil sie gegen die Megaprojekte Widerstand leistet. Auch die Tatsache, dass Departemente mit grossen Rohstoffvorkommen wie der Chocó und die Guajira die grössten Armutsniveaus und die höchsten Indices an unbefriedigten Grundbedürfnissen der Bevölkerung sowie äusserst mangelhafte öffentliche soziale Dienstleistungen aufweisen, macht die wirtschaftliche Dimension des Konflikts offensichtlich. Inmitten des Reichtums werden die zivilen und politischen sowie die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte der lokalen Bevölkerung massiv verletzt. Diese wird nur ungenügend oder überhaupt nicht in die Planung von Megaprojekten und Ressourcenabbau einbezogen. Während für sie kaum etwas vom Reichtum abfällt, wird häufig gar ihre Lebensgrundlage zerstört. Ihre Dörfer und Siedlungsräume müssen dem „Fortschritt“ weichen. Immer wieder treffen wir in Kolumbien auf das Muster einer gewalttätigen, ausschliessenden Entwicklung, die auf kurzfristige Gewinne ausgerichtet ist. Dabei wird das Territorium von der ursprünglichen Bevölkerung befreit. Am Schluss bleibt nur Zerstörung.

Die Wirtschaft allgemein und der Privatsektor im Besonderen sind in hohem Masse mitverantwortlich für die verschiedenen Konflikte und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Diverse Wirtschaftssektoren werden beschuldigt, die Paramilitärs mit aufgebaut zu haben, um damit ihre Interessen zu verteidigen. Dies gilt insbesondere für die Bananen- und Ölpalmenpflanzler sowie die Viehzüchter. Auch ausländische Unternehmen sehen sich dabei mit schweren Vorwürfen konfrontiert. So wird Chiquita Brands angeklagt, 10'000 Schusswaffen für die Paramilitärs über ihren Privathafen ins Land geschmuggelt zu haben. Coca Cola hingegen steht unter Verdacht, Killer angeheuert zu haben, um Gewerkschafter umbringen zu lassen. Um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten, unterstützen ausländische Erdöl- und Bergbaukonzerne die Armee finanziell und logistisch oder beteiligen sich mit ihrem privaten Sicherheitspersonal an Aufklärungsarbeiten. Häufig profitieren auch Paramilitärs von diesen Zahlungen, weil sie die schmutzige Arbeit erledigen und Gewerkschafter, Kleinbauern und Oppositionelle umbringen.

Positive Ansätze

Auf globaler Ebene haben die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in den letzten Jahren an Gewicht gewonnen. Verschiedene Initiativen befassen sich mit ihrer konkreten Einforderbarkeit, immer mehr Menschenrechtsorganisationen arbeiten dazu. Das Thema Wirtschaft und Menschenrechte sowie die Verantwortung von Unternehmen bei der Wahrung der Menschenrechte ist ein hoch aktuelles Thema. Dies beweisen die verschiedensten Verhaltenskodices, Guidelines und Normen wie beispielsweise der Global Compact. Dieser entstand 1999 auf Initiative des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan. Die Unternehmen verpflichten

ten sich dabei, auf freiwilliger Basis Prinzipien aus den international anerkannten Bereichen Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und Umweltschutz einzuhalten. Daneben gibt es zahlreiche Initiativen der ILO, OECD und UNO, die in dieselbe Richtung gehen. Die Einhaltung dieser mehrheitlich freiwilligen Normen lässt jedoch oft zu wünschen übrig. Zudem lassen diese freiwilligen Prozesse häufige jegliche Transparenz vermissen, das Reporting der Firmen ist in zahlreichen Fällen ungenügend, sie ermöglichen keine externen Kontrollen und sehen keine Sanktionsmechanismen vor. Es braucht deshalb nebst diesen vielfach ehrlich gemeinten freiwilligen Ansätzen auch international verbindliche Menschenrechtsnormen für Unternehmen oder Konventionen auf UNO-Ebene, mit klaren Kontroll- und Sanktionsmechanismen.

In Kolumbien selbst ist der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsinteressen und Menschenrechtsverletzungen ein eher neues Thema. Dieses wird aber von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen aufgegriffen. In der breiten Öffentlichkeit herrscht allerdings bisher kaum ein Bewusstsein für solche Fragen und auch im internationalen Rahmen wird das Thema nur selten behandelt. Die Nachrichten beschränken sich meist auf die Sicherheit ausländischer Firmen. In jüngster Zeit wird fast durchwegs positiv über die verbesserten Sicherheitsbedingungen und neue Investitionen im Bergbau und in der Erdölförderung berichtet. Die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen werden hingegen verschwiegen. In Staaten wie dem Sudan, Kongo, Burma etc. wurden die wirtschaftlichen Interessen am Konflikt klar benannt und viele Unternehmen zogen sich wegen der internationalen Ächtung sowie Boykottaufrufen zurück. Kolumbien hingegen gelang es, den Schein eines funktionierenden Rechtsstaates und einer Demokratie zu wahren. Nur wenige Firmen zogen sich aus Kolumbien zurück, weil ihnen die durch den Konflikt entstehenden Kosten und die damit verbundene Unsicherheit zu gross wurden oder weil sie um ihren Ruf fürchteten.

Die öffentliche Debatte über die Rolle der (Privat-) Wirtschaft und der Unternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen und der Friedensförderung steht noch ganz am Anfang und beschränkt sich auf wenige Akademiker und Friedensaktivisten. In den Friedensprozessen der Achtziger- und Neunzigerjahre spielte der Privatsektor keine seiner Bedeutung entsprechende Rolle. In den letzten Jahren bildete sich jedoch ein Unternehmenssektor, der sich für den Frieden einsetzt. Begleitet wurde er von einer Vielzahl an Friedensinitiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Es wurden auch verschiedene Initiativen wie die vom Industriedachverband ANDI organisierte erste Konferenz über Soziale Unternehmensverantwortung lanciert. Darüber hinaus wurden das Zentrum für Unternehmensverantwortung (Centro Colombiano de Responsabilidad empresarial www.ccre.org.co) und die Fundación Ideas por la Paz (www.ideaspaz.org) gegründet. Auch in einigen europäischen Ländern wird das Thema Wirtschaft und Frieden in Kolumbien auf die Agenda gesetzt (z.B. Spanien).

Die Initiativen entstanden aus der Einsicht heraus, dass die Wirtschaft eine wichtige Rolle bei der Friedenssuche in Kolumbien spielen kann und muss. Obwohl in erster Linie der Staat die Bedingungen für Frieden schaffen muss, braucht es dazu auch die Interaktion der verschiedenen sozialen Sektoren. Der Frieden wird von den bewaffneten Akteuren unterzeichnet, aber auf lokaler Ebene geschaffen. Hier kann der Unternehmensektor dank seinen Ressourcen einen wichtigen Beitrag leisten und in Bezug auf Transparenz, Einhaltung der Menschenrechte, Umweltvorschriften, Arbeitsgesetzgebung usw. eine Vorbildfunktion einnehmen. Wichtig ist auch sein Beitrag an der wirtschaftlichen Erholung sowie sein Angebot an wirtschaftlichen Alternativen und legalen Einkommen. Er kann wesentlich dazu beitragen, das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen aufzubauen.

Durch die Prozesse der Globalisierung, Handelsliberalisierung und Privatisierung wird der Unternehmenssektor zu einem immer wichtigeren Akteur in den öffentlichen Belangen der Staaten. Das Interesse der Unternehmen, den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu kontrollieren, kann ein Land destabilisieren oder bestehende soziale und bewaffnete Konflikte verlängern. Die Haltung des Unternehmenssektors hat also einen grossen Einfluss auf die Entwicklung des friedlichen Zusammenlebens und die Regierungsfähigkeit eines Landes im Bür-

gerkrieg oder in der Post – Konfliktphase. Die Qualität der Unternehmenspraktiken kann bestehende soziale und bewaffnete Konflikte erhalten oder verstärken. Sie kann aber auch dazu beitragen, die demokratische Regierungsfähigkeit in einem funktionierenden Rechtsstaat, den Frieden und die Achtung der Menschenrechte zu stärken.

Die Rolle der Schweiz

In der Schweizer Friedens- und Menschenrechtspolitik ist Kolumbien ein Schwerpunktland. Das Thema Wirtschaft, Menschenrechte und Friedensförderung spielt dabei jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Verschiedene Organisationen die sich mit dem Thema Wirtschaft und Friedensförderung befassen, widmen sich vorwiegend afrikanischen Ländern wie beispielsweise Angola. Dabei spielt die Wirtschaft in Kolumbien bei der Überwindung der verschiedenen Konflikte und in einem künftigen Friedensprozess eine wichtige Rolle. Die starken wirtschaftlichen Gründe für die sich überlagernden Konflikte werden im laufenden Friedensprozess mit den paramilitärischen Gruppen kaum berücksichtigt. Die Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung für Opfer, die beispielsweise wegen wirtschaftlicher Megaprojekte vertrieben wurden, ist völlig ungenügend. Verschiedene Massnahmen und Gesetzesvorschläge haben zum Ziel, die unrechtmässige Aneignung von Eigentum (Boden, Immobilien etc.) zu legalisieren. Die Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen werden gezwungen, entweder mit den Tätern in fragwürdige wirtschaftliche Grossprojekte einzusteigen oder sonst leer auszugehen. Die systematische Unterstützung breiter Wirtschaftskreise für die Paramilitärs wird unter den Tisch gekehrt. All diese Themen sollten in der Schweizer Friedens- und Menschenrechtspolitik deutlicher angesprochen werden.

Die Schweizer Wirtschaft ist in Kolumbien sehr aktiv, stellt das Land doch den viertgrössten Handelspartner der Schweiz in Lateinamerika dar. Die Schweizer Investitionen in Kolumbien betragen 1,2 Mia. Franken. Die ask begrüsst das wirtschaftliche Engagement der Schweizer Regierung und der Schweizer Unternehmen in Kolumbien. Wir sind jedoch der Ansicht, dass dieses Engagement wiederholt konflikt- statt friedensfördernd wirkt. Verschiedene Schweizer Unternehmen standen in den letzten Jahren in der Kritik. Im Rahmen von Arbeitskonflikten bei Nestlé de Colombia S.A. kam es wiederholt zu Morddrohungen von Paramilitärs gegen Gewerkschafter und einige Arbeiterführer kamen unter ungeklärten Umständen ums Leben. Nestlé werden eine gewerkschaftsfeindliche Haltung und Lohndrückerei vorgeworfen. Der Zuger Rohstoffmulti Glencore betreibt in Kolumbien zwei Kohlenminen, in denen es ebenfalls zu schweren Arbeitskonflikten mit Intervention der kolumbianischen Armee kam. Gewerkschafter dieser Minen erhielten ebenfalls Morddrohungen. Wegen der Ausdehnung der Mine El Cerrejón, an der Glencore bis Mai 2006 einen Drittel besass¹, wurden Dörfer zwangsweise umgesiedelt, ohne dass die betroffenen Bewohner faire Entschädigungen erhalten hätten. Im Zuge der gewaltsamen Räumungen kam es zu massiven Menschenrechtsverletzungen.

Die Schweizer Regierungsstellen und die Botschaft vor Ort versuchten immer wieder bei Arbeitskonflikten und Protesten betroffener Gemeinschaften zu vermitteln. Diese Aktivitäten sind zwar positiv zu werten, sollten jedoch ein stärkeres Gewicht erhalten. Meist sind die guten Beziehungen zur kolumbianischen Regierung und die Interessen der Schweizer Firmen in der Tagespolitik wichtiger als die Einhaltung der Gewerkschafts-, Arbeits- und Menschenrechte bei den kolumbianischen Niederlassungen von Schweizer Unternehmen. Am Beispiel Kolumbiens können die Inkohärenz der Schweizerischen Aussenpolitik und der Interessenkonflikt zwischen Menschenrechten und Wirtschaftsförderung exemplarisch aufgezeigt werden. Als Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien setzen wir uns deshalb für eine konsequente Schweizer Aussenpolitik im Gleichgewicht zwischen den Interessen der Aussenwirtschaft und den Menschenrechten ein. Dazu bringen wir das Thema Wirtschaft und Frieden am Beispiel Kolumbiens in die Agenda der Schweizer Politik ein und suchen mit den betroffenen Schweizer Firmen den Dialog über die „Friedenstauglichkeit“ ihrer Aktivitäten in Kolumbien. Mit Partnern in Europa und Kolumbien streben wir eine dem Frieden und sozialen Ausgleich

¹ Glencore verkaufte ihren Anteil an der Kohlenmine El Cerrón an die ebenfalls in Zug domizilierte und eng mit Glencore verbundene Xstrata Plc.

dienende Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik an und machen uns dafür stark, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte eingefordert werden können und eingehalten werden.